

Vortrag des 1. Landesschützenmeisters Wolfgang Kink anlässlich des parlamentarischen Abends am 30.03.2017 in der bayer. Vertretung in Berlin

Sehr geehrte Volksvertreter,
liebe Freunde der Jagd,
liebe Schützenkameradinnen und -kameraden
sehr verehrte Damen und Herren,

„Deutschland braucht Bayern“, mit dieser Devise zog einst Franz Josef Strauß in die damalige Bundeshauptstadt Bonn. Heute wird von Berlin aus regiert, und deshalb haben die bayerischen Jäger und Schützen in die Vertretung des Freistaats Bayern geladen. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich gekommen sind, um im Wahljahr über einige Probleme zu sprechen, deren Lösung der Bundespolitik obliegt, auch wenn wir bisweilen doch das Gefühl nicht loswerden, dass längst alles in Brüssel entschieden wird und mancher Volksvertreter dort nach der Devise lebt, dass das Europaparlament weit weg vom Bürgerwillen seine Kreise ziehen kann. Denn bei der Umsetzung der Feuerwaffen-Richtlinien in nationales Recht wird gerne über das Ziel hinausgeschossen, und die Auslegung so mancher europäischen Bestimmung führt zu mancher Gängelei, die der rechtschaffene Bürger hinnimmt, aber sich auch seine Gedanken macht oder aber irgendwann nicht mehr hinzunehmen bereit ist.

Wir reden von der anstehenden Novellierung des nationalen Waffenrechts. Ich wiederhole mich, aber das Misstrauen weiter politischer Kreise gegen den legalen Waffenbesitz ist schon sehr bedenklich. Wie wenig Vertrauen haben doch sehr viele der von uns gewählten Volksvertreter in den mündigen, staats-treuen Bürger – insbesondere in die Jäger und Sportschützen?
Wen kann es da wundern, dass das Vertrauen in die Politik der Schützen und Jäger schwindet und das Heer der Nichtwähler wächst!

Vorab darf ich unseren EU-Abgeordneten Prof. Dr. Angelika Niebler, Monika Hohlmeier und Markus Ferber (alle CSU) aber auch Ulrike Müller (Freie Wähler) und nicht zuletzt Maria Noichl (SPD) für ihren ehrlichen und engagierten Einsatz danken. Sie haben sich vom ersten Tag des Bekanntwerdens der Pläne der EU-Kommission zur Verschärfung der Feuerwaffenrichtlinie an für unsere Belange eingesetzt und den so genannten Trilog in Gang gebracht, der in den nun bekannten Maßnahmenkatalog mündete, mit dem wir im Grunde relativ gut leben könnten. Erfreulich ist, dass wir uns endlich ein auf fünf Jahre befristetes und dann wieder zu erneuerndes Bedürfnis für den Waffenbesitz oder die verpflichtenden medizinischen Untersuchungen anscheinend vom Tisch haben.

Auch unsere Böllerschützen müssen nicht mehr befürchten, dass ihnen der Pulverhahn zugedreht wird. Auch das generelle Verbot von Halbautomaten, von dem auch zwei olympische Disziplinen betroffen gewesen wären, konnte verhindert werden.

Dennoch gibt es große Probleme, die gelöst werden müssen, denn jetzt scheint Berlin dran zu sein, uns und unserer Arbeit Steine in den Weg zu legen. Da ist beispielsweise die Ausgestaltung der Begriffe „Kategorie A“, „Kategorie B – Genehmigungspflichtige Feuerwaffen“ und „Kategorie C – Meldepflichtige Feuerwaffen und Waffen“. Nachdem in der EU die „Kategorie D“ gestrichen wurde, finden sich die für Bayern und den Süden der Republik bedeutsamen Vorderlader plötzlich in der Kategorie C wieder und damit wäre für die bislang erwerbs-erlaubnisfreien Sportgeräte eine Waffenbesitzkarte erforderlich. Auch wäre nun für die Vorderlader-Schützen die Anschaffung eines zertifizierten Waffenschranke zwingend erforderlich. Dies wäre das Ende einer langen Tradition.

Diese Maßnahme bringt weder ein Mehr an innerer Sicherheit, noch ist sie praktikabel. Ich bitte zu bedenken, dass ein Vorderlader-Schütze mehrere Minuten benötigt, bis seine Waffe auch nur einen einzigen Schuss abgeben könnte. Sollten unsere Vorderlader künftig in Waffentresoren verschlossen werden müssen, bringt dies nicht mehr Sicherheit, sondern es ist das Ende einer langen süddeutschen Tradition.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Politik muss für die Bürger gemacht werden und sie muss Sinn machen. Eine solche Regelung fördert nur eins: Die Politikverdrossenheit der Bürger. Eine solche Maßnahme führt nicht zu einer Verbesserung der inneren Sicherheit, sondern stellt gesetzestreue und ehrenamtlich engagierte Bürger unter Generalverdacht.

Ich erbitte und erwarte daher in Anbetracht des Wahljahrs eine klare Positionierung unserer Abgeordneten zum Thema Vorderlader.

Ich fordere deshalb: Hände weg von einer Änderung der Aufbewahrungsvorschriften für unsere Traditionsschützen!

Ein entsprechend schützenfeindlich formuliertes nationales Waffenrecht hätte weitreichende Folgen. Denn zusammen mit der absurden Forderung, künftig nur noch Waffenschranke der Sicherheitsstufe 0 bzw. 1 zwingend für die Waffenaufbewahrung vorzuschreiben, würde ein solcher Vorstoß viele Mitglieder kosten und vielleicht selbst bei überzeugten Demokraten den Zweifel aufkommen lassen, ob unsere Volksvertreter auch tatsächlich unsere Interessen vertreten.

Denn besagte 0- bzw. 1-Schränke sind um ein vielfaches teurer in der Anschaffung und deutlich schwerer.

Bitte führen Sie sich vor Augen: In einen solchen Hochsicherheitstresor müsste beispielsweise ein Schütze, der sich einen historischen Zimmerstutzen zulegt, seine Waffe verschließen. Für alle diejenigen, die sich in der Waffenkunde nicht so auskennen: Bis etwa zum Zweiten Weltkrieg war der Zimmerstutzen die Standardwaffe an der Schießbude auf der Kirmes.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seien Sie mir nicht böse, aber es drängt sich schon der Verdacht auf, dass hier, von wem auch immer, ein Deal mit den Waffenschrank-herstellern geschlossen wurde. Immerhin fanden solche Gespräche im Bundes-Innenministerium statt.

Die Waffenschränke der alten Einstufung A und B sind nicht über Nacht unsicher geworden. Und die neuen Waffenschränke der EU-Norm 0 und 1 sind schon seit Jahren verfügbar. Und keine Statistik – auch keine der Waffenschrankhersteller – konnte nachweisen, dass verstärkt A- oder B-Schränke mit dem Ziel geknackt wurden, Waffen zu entwenden.

Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass hier krampfhaft nach einer Begründung gesucht wurde, um die Absatzzahlen und den Umsatz steigern zu können.

Anstelle der völlig überzogenen 0-er und 1-er-Schränke sollte auf die mit EU-Norm geregelten S1- bzw. S2-Schränke zurückgegriffen werden. Die S1- und S2-Schränke entsprechen im Grunde den bisherigen A- und B-Schränken, unterliegen jedoch einer normierten Qualität. Im Gegensatz zu den 0- und 1-Schränken sind die S1- und S2-Schränke für unsere Mitglieder auch finanziell erschwinglich.

Aber auch hier muss gelten, S1 und S2 nur bei Neuanschaffungen. Die bereits erworbenen A- und B-Schränke müssen umfassenden Bestandsschutz haben.

Wir fordern Sie daher auf: Beenden Sie den Wahnsinn mit den 0- und 1-Schränken.

Und was den Bestandsschutz für unsere vorhandenen A- und B-Schränke betrifft, bleiben viele Fragen offen. Ich stelle nur einmal Worte wie „Erbschaft“ oder „Erwerb einer zusätzlichen Waffe“ in den Raum. Was ist dann der Bestandschutz noch wert? Und wo bleibt sie denn, die hochbeschworene „Praktikabilität“ aus dem Koalitionsvertrag? Aber was ist dieses Wort wert, wenn sich offenkundig der Koalitionsvertrag bereits als Schall und Rauch entpuppt? Dürfen wir tatsächlich darauf hoffen, dass nach der Wahl das gegebene Wort noch gilt?

Aber auch von einer weiteren Seite droht Unheil. Künftig soll nicht mehr der öffentlich bestellte und beeidigte Schießstandsachverständige neue Waffenauf-

bewahrungsräume in unseren Schützenhäusern zertifizieren, sondern „besonders qualifizierte Unternehmen“, namentlich der VdS (Verband der Sachversicherer) mit Sitz in Köln. Die bisherigen Regelungen hierzu, erarbeitet von Bayer. Staatsministerium des Innern, Bayer. Landeskriminalamt, Verband der unabhängigen Schießstandsachverständigen (VuS) und Bayer. Sportschützenbund ergaben Abnahmekosten für einen Waffenraum von derzeit ca. maximal 400,00 Euro. Wenn dies bundesweit nunmehr alleine der VdS übernimmt, stehen Kosten von mehreren Tausend Euro im Raume. Und das vielleicht nur deshalb, weil im Verein neu ein Salutzug ins Leben gerufen wird und die hierfür notwendigen Stutzen aufbewahrt werden müssen. Dass nunmehr ausschließlich der VdS hierfür zuständig sein soll, erinnere mich schon an den Spruch „Ein Schelm, der Böses dabei denkt“.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wirtschaftlichen Interessen einiger Weniger dürfen keinesfalls über der ehrenamtlichen Arbeit unserer Vereinsmitglieder stehen! Unser Sport wäre mit derart hohen Kosten und bürokratischen Hemmnissen behaftet, dass erfolgreiche Nachwuchsarbeit nicht mehr möglich wäre.

Ich erwarte vor der Bundestagswahl klare Aussagen, die zu einer tatsächlich praktikablen Waffenaufbewahrung führen.

Was unsere Sportler leisten können, wenn man sie nur lässt und die rechtlichen und sportlichen Rahmenbedingungen stimmen, haben wir bei den Olympischen Spielen in Rio sehen können.

Deutschland erwartet sportliche Topleistungen – und unsere Schützen haben geliefert – allen voran unsere auch heute hier anwesende Barbara Engleder, die nicht nur beeindruckend Gold mit dem KK-Gewehr gewann, sondern darüber hinaus eine perfekte Botschafterin Bayerns ist.

Das deutsche Schützenwesen hat seine Hausaufgaben gemacht und präsentierte sich mit dem besten Abschneiden seit 1964.

Wir sahen in Rio die Ergebnisse harter Trainingsarbeit. Hierzu sind Trainer und moderne Sportstätten nötig – und beides kostet Geld.

Ich muss da schon Klartext reden: Medaillen zum Nulltarif kann es nicht geben. Und es kann auch nicht sein, dass das gesamte Leistungs-Sportwesen der Solidargemeinschaft aufgebürdet wird, währenddessen sich die Verantwortlichen im Licht der Helden des Sports sonnen. Wir stehen in sportlicher Konkurrenz mit Nationen, in denen der Sport als nationales Ziel ausgewiesen ist, Nationen, in denen der Sport Prestige und Ansehen verspricht. Wir stehen im Wettbewerb mit Nationen, in denen Athleten nach ihrer sportlichen Karriere geachtete Vorbilder sind, die sich um ihr Auskommen nicht zu sorgen brauchen. Und wir müssen uns

gegenüber Nationen behaupten, in denen der Spitzensportler die besten Trainingsbedingungen erfährt.

Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Deutschland hat sicher nicht die schlechteste Sportförderung, aber beileibe auch nicht die beste. Bitte stehen Sie zu unseren Sportlern und stocken Sie die Mittel für den Leistungssport auf; das beginnt bei so einfachen Dingen wie den Mitteln für mischfinanzierte Trainerstellen im Bereich des Deutschen Schützenbundes.

Tatsächlich arbeiten wir in der Disziplinengruppe Wurfscheiben am Bundesstützpunkt Hochbrück noch weitgehend wie bei den Olympischen Sommerspielen 1972. Um hier genauso professionell wie im Gewehr-, Pistolen- und Bogenbereich arbeiten zu können, benötigen wir dringend weitere hauptamtliche Trainerstellen.

Ich muss mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich bei unseren ehrenamtlichen Trainern und Betreuern bedanken, die trotz dieser Bedingungen noch das Beste aus der Situation machen!

Der Deutsche Schützenbund und der Bayerische Sportschützen-bund haben in der Vergangenheit immer bewiesen, dass die gewährten Fördermittel immer gut eingesetzt wurden.

Sehr verehrte Volksvertreter in Bund und Land,

in diesem Jahr stehen die Bundestagswahlen an. Es ist unsere Pflicht gegenüber unseren rund 500.000 bayerischen Mitgliedern entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Die ständige Diskussion über anstehende Verschärfungen des Waffenrechts, insbesondere der Aufbewahrungsvorschriften führt zur Verunsicherung unter Jägern und Sportschützen. Es liegt an Ihnen, hier wieder eine klare und verlässliche Richtung aufzuzeigen.

Ich freue mich daher auf konstruktive Gespräche und Aussagen, auf die wir uns verlassen dürfen.

Ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit und bitte Sie noch einmal eindringlich, unsere Sorgen und Probleme ernst zu nehmen. Denn ein funktionierendes Schützenwesen schafft Lebensqualität und deutlich mehr Sicherheit, als mit heißer Nadel gestrickte Schnellschüsse, wie wir sie im vergangenen Jahr wieder einmal aus Brüssel erleben mussten.

Vergessen Sie bitte nicht: Deutschland braucht seine Schützen und Deutschland braucht auch Bayern!